

*Geld in die Militärindustrie zu stecken. Ethnische und religiöse Minderheiten werden schikaniert, Haushaltseinsparungen an falschen Stellen vorgenommen.*

*Was am 11. September geschah, hat die Welt für immer verändert. Freiheit, Fortschritt, Wohlstand, Technik, Krieg - diese Begriffe haben eine neue Bedeutung. Regierungen müssen Veränderungen einsehen, aber es fehlt jedes Zeichen der Einsicht, bei den Führern der Internationalen Koalition und den Taliban.“*

Terrorismus kann nur bekämpft werden, wenn sich diese fehlende Einsicht einstellt und der unzureichende politische Dialog wieder aufgenommen wird.

Größere Teile der Weltbevölkerung müssen Vorteile aus Globalisierungsprozessen erkennen können. Um dies zu erreichen ist es notwendig, zunächst die Lebens- und Überlebensbedingungen der Bevölkerungen „armer Länder“ zu verbessern und Wohlstand gerechter zu verteilen.

#### Quellen

*Wut ist der Schlüssel. Ein Kontinent brennt - Warum der Terrorismus nur ein Symptom ist. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 28.9.2001.*

*Engl. Originalfassung: The algebra of infinite justice. „The Guardian“, 29.9.2001.*

*Krieg ist Frieden. „Der Spiegel“, 44/2001.*

*Engl. Originalfassung: Brutality smeared in peanut butter. Why America must stop the war now. „The Guardian“, 23.10.2001.*

*Der Redaktion liegt noch ein zusätzliches Interview mit Arundhati Roy vor, in dem sie weitere Erklärungen zu ihrer teilweise extremen Sichtweise abgibt. Da „Freiheit für die einen ist Sklaverei für die anderen“ nur in der deutschen Übersetzung vorhanden, und kein Originaltext einsehbar ist, und das Interview darüber hinaus in einer rechtsnationalen Zeitung erschien, wird auf seine Interpretation in diesem Zusammenhang verzichtet. Verschiedene politische Gruppierungen scheinen Roys Texte für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren und fügen aus dem Zusammenhang gerissene Zitate ihrer platten antiamerikanischen Slogans hinzu.*

*Anmerkung: Kursiv gedruckte Passagen sind Zitate der deutschen Übersetzungen*

# Republik versus Leitkultur

## Indien zwischen demokratischem Pluralismus und kulturellem Assimilationsdruck

### Teil I

Jakob Rösel

Wie konnte in Indien seit 1947, über einem Sechstel der Erdbevölkerung, ein demokratisches Gemeinwesen in der Form einer föderalen, einer Bundesrepublik, errichtet werden? Welche Rahmenbedingungen führten zur Entstehung einer solchen föderalen Republik, angesichts der Tatsache, daß die dafür verantwortliche Congress-Elite das System des britischen Parlamentarismus immer als richtungsweisend ansah und die Formen demokratischer Herrschaft in Frankreich und in den USA nicht kannte oder ablehnte? Welchen Gefahren steht dieses föderale republikanische System gegenüber, seitdem eine hindu-nationalistische Regierung eine vordergründig indische, hintergründig hinduistische Leitkultur durchsetzen möchte und die religiösen Minderheiten, ebenso wie die Mehrheit mit hindu-kulturellen Assimilationserwartungen konfrontiert? Um diese Fragen zu beantworten, wird der Autor zunächst auf die Unwahrscheinlichkeit und dann auf die Entstehung und die Notwendigkeit dieses republikanischen Nation Building eingehen und am Ende, bei der Betrachtung der neuen Bedrohung, die sich von Seiten einer hindu-nationalen Leitkultur ergibt, eine vorläufige Einschätzung treffen, über das, was sich vermutlich als stärker erweisen wird: Das indische föderale und republikanische Herrschaftsmodell und oder das Assimilationsprojekt des Hindu-Nationalismus.

#### Unwahrscheinlichkeit der föderalen Republik

Indien war und ist nicht nur – neben China – die größte Bauerngesellschaft der Erde, es ist zugleich bis heute die am stärksten traditionsgebundene Bauerngesellschaft Asiens. Weltweit einzigartig ist diese Bauerngesellschaft nach dem expliziten und tief in den Alltag hineinreichenden Prinzip der sozialen, politischen und auch religiösen

Ungleichheiten organisiert. Vor der Begründung eines Britisch Indiens war der, nach diesem Prinzip organisierte Siedlungs- und Herrschaftsraum Südasien niemals dauerhaft politisch geeint gewesen. Südasien Geschichte war damit die Geschichte sprachlich, sektarisch, kulturell und sozial höchst heterogener Bauerngesellschaften und Regionalreiche. Sie unterlagen dem gleichen Organisationsprinzip sozialer Ungleichheit, dem Kastensystem und sie

waren verbunden durch eine große literarische Tradition des Brahmanismus, durch wirtschaftlichen Austausch und politische Konkurrenz. Südasien bildete damit im Großformat und fast als Zerrbild eine Vielzahl der für traditionale Gesellschaften konstitutiven Merkmale ab: den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen großer ephemerer und vielen kleinen Traditionen; den Mangel an Territorial- und Rechtsstaatlichkeit; das Prinzip der Hierarchie und umfassender

sozialer Ungleichheit und eine, vor allem hier, fast atemberaubende ethnische und regionale Heterogenität und historische Ungleichzeitigkeit. An diesem so tiefen und weit gespannten Traditionalismus Indiens konnten auch die beiden Jahrhunderte der *Britisch Raj* wenig ändern. Es stellt sich damit die Frage, wie es nach der Unabhängigkeit und der traumatischen Teilung des Subkontinentes gelingen konnte, in der Indischen Union, nicht aber in Pakistan eine demokratische, föderale Republik zu errichten. Die Rahmenbedingungen dieser Entwicklung gilt es im folgenden darzustellen. Zugleich gilt es, deutlich zu machen, daß eine Demokratie unter diesen Umständen nur in der Form einer föderalen, pluralistischen, säkularen und auf Voluntarismus und Universalismus basierenden Republik zu gründen war. Diese fünf Merkmale, so nicht nur meine Auffassung, definieren zum einen die Gestalt dieser Republik und sie erklären in ihrer Gesamtheit den Erfolg dieses bislang größten demokratischen Experiments. Das Fehlen dieser Grundlagen erklärt darüberhinaus das Scheitern eines demokratischen *Nation Building* in Pakistan ebenso wie in Bangladesh und die frühzeitige Krise des Demokratisierungsprozesses in Sri Lanka.

### Entstehung und Notwendigkeit der Republik

Föderalismus, Pluralismus und Säkularismus bilden die selbstverständlichen, fast offiziellen Grundlagen der Indischen Union; Voluntarismus und Universalismus dagegen zwei weitere, von der Congress-Führung in der Innen- und Außenpolitik aufgestellte Ideale und Ansprüche. Der Föderalismus definiert und organisiert die Gestalt der Indischen Union; der Pluralismus den Kampf und die Koexistenz der Parteien und Interessen und der Säkularismus definiert und organisiert gegenüber einer vorherrschenden Religion, die sich hier wie selbstverständlich auch als Habitus, Sozialstruktur und Lebensentwurf zeigt, weniger den öffentlichen Stellenwert eines Glaubens als die Grundlage von Freiheit – und Individualität. Der Voluntarismus definiert und organisiert das politische Subjekt und seinen Handlungsrahmen. Der Universalismus schließlich definiert und organisiert den Anspruch, zumindest der Congress-Führung, die indische Demokratie

entspreche universalen menschenrechtlichen Normen und demokratischen Prinzipien gerade deshalb, weil sie auch in einer partikularen, wenngleich großen indischen Tradition präfiguriert und inzwischen verankert sei.

Die indische Demokratie entwickelt sich über Jahrzehnte als ein immer gefährdeter, grundsätzlich unvorhersehbarer und oft opportunistischer Prozeß. Wenn auch frühzeitig einige dieser Prinzipien bereits festgelegt worden waren, so war dennoch nicht absehbar, in welchem Maße und welcher Form sie realisiert und konsolidiert werden konnten. Vor der Konsolidierung dieser Grundlagen und Tugenden bestanden deshalb lediglich Grundsätze und Ambitionen und wenn wir die folgende Entstehungsgeschichte der indischen Demokratie entlang der fünf Grundlagen und Ideale rekonstruieren, dürfen wir nicht vergessen, daß dieser Prozeß demokratischer Konsolidierung oft genug ohne Willen und ohne Bewußtsein erfolgte. Im Gegenzug gilt es allerdings festzuhalten, daß im Maßstabe dieser erfolgreichen Demokratisierung eine wachsende Eigengesetzlichkeit dieser Grundsätze und Grundlagen deutlich wird und daß sie ein Zusammenspiel und eine Komplementarität auslösen, die das demokratische Experiment im ganzen stabilisieren. Das Zusammenspiel der fünf Grundsätze und Prinzipien wird schließlich notwendig, weil ein zunehmend demokratisiertes, beständig wachsendes und fortwährend heterogenes Indien nur auf dieser Grundlage zusammengehalten werden kann.

### Föderalismus:

Die Zufälligkeiten des kolonialen Eroberungsprozesses und die praktischen Zwänge der kolonialen Verwaltung haben Britisch Indien eine höchst ungleichgewichtige, nichtsdestotrotz *föderale Patch-Work-Struktur* gegeben. Die Congress-Führung, insbesondere Nehru, will nach der Unabhängigkeit diese disparate Struktur, zusammengesetzt aus höchst ungleichen *Presidencies* und mehr als 530 noch ungleicheren halbautonomen Fürstentstaaten durch einen weit stärker zentralisierten Staatsaufbau ersetzen. Dieses Projekt wird aber behindert durch eine strategische Hypothek des Unabhängigkeitskampfes. Der Congress konnte die Kolonialmacht nur durch die

Mobilisierung der Massen Indiens zu Verhandlung und zum Rückzug zwingen. Er hatte deshalb seit den 20er Jahren Provinzkomitees geschaffen, die nicht auf die unausgewogenen und sprachlich heterogenen Provinzen, *Presidencies* der Kolonialmacht, sondern auf die großen regionalen Sprachgruppen ausgerichtet waren. Nur durch die Mobilisierung dieser unterschiedlichen, jeweils sprachlich homogenen Gefolgschaften war der Congress zu einer demokratischen und bürokratischen Massenorganisation geworden. Zugleich hatte diese Parteiorganisation damit fast irreversibel die (Sprach-) Grenzziehungen eines künftigen föderalen Indiens innerhalb der

### „Föderale Patch-Work-Struktur“

Partei hervorgebracht. Nach der Unabhängigkeit aber fürchtet Nehru die eventuelle künftige sprachliche und politische Balkanisierung eines solchen Indiens. Das *fait accompli* der parteiinternen Organisation und Massenaufregungen zugunsten des „eigenen“ sprachlich homogenen Staates zwingen aber schließlich Nehru, in eine sogenannte *State Reorganisation* einzuwilligen: Alle großen Sprachgruppen Indiens erhalten bis Ende der 70er Jahre ihren, zu rund 85 Prozent sprachlich homogenen Staat. Zugleich wird in einem schwierigen, aber bis heute stabilen Kompromiß festgelegt, daß die alte Sprache der Kolonialherren Englisch und die neue Sprache einer Hindu-Reformbewegung, Gandhis und des Congress, Hindi, die beiden Staatssprachen sind. In den reorganisierten Provinzen ist die Regionalsprache, Schul- und Geschäfts-, Verwaltungs- und Parlamentsprache. Diese „Vernakularisierung“ der Politik und deshalb massive Erweiterung der demokratischen Partizipationschancen begründet aber und formt, definiert und organisiert einen spezifischen indischen Interessen- und Parteienpluralismus.

### Pluralismus:

Voltaire soll gesagt haben: „Ich verachte ihre Meinung zutiefst, ich werde dafür sterben, daß sie sie ausdrücken können“. Neben dieser idealistischen und persönlichen Variante eines Pluralismus steht die etwas realistischere eines politischen Interessenvertreters –

in Stendhals Karthause von Parma: „Sie wollen mich lieben, welche Anmaßung, sie haben mich zu fürchten!“ Pluralismus, also die Maximierung und der Ausgleich von politischen, wirtschaftlichen und sozialen (Gruppen-) Interessen im Rahmen feststehender und anerkannter demokratischer Regeln, läßt sich aber vielleicht am besten erläutern über den der Landvermessung entlehnten amerikanischen Begriff der „Triangulation“. Wie der Geometer die Entfernung, die Stellung eines Punktes, eines Berges von zwei Beobachtungspunkten aus bestimmt, so erreiche ich meine Interessen am besten – unter Anerkennung der politischen Geometrie – wenn ich mit einem Konkurrenten kooperieren kann. Über eine Serie solcher Triangulationen mit immer wieder neuen Allianzen erziele ich nicht nur den, unter gegebenen Umständen größten Vorteil, auf Dauer bringt dieses Verfahren feste Strukturen der Interessenorganisation und -abgleichung hervor. Aus dem Prozeß entsteht eine Struktur des Pluralismus, aus den taktischen Triangulationen eine verlässliche und berechenbare politische Topographie.

Dies ist es, was in Indien, parallel zu den ersten gesamtindischen- und Provinzwahlen seit 1952 einsetzt. Nicht mehr die den anglophonen Eliten noch lange Zeit vorgehaltene gesamtindische, sondern die Provinzebene kristallisiert sich jetzt als das entscheidende Forum heraus. Sie bildet die grundlegende Arena der Interessen- und Parteipolitik und damit das Fundament vernakularisierter und die Massen Indiens als Interessengruppen mobilisierender Demokratie. An dieser Stelle kann nur auf ganz wenige Konsequenzen dieser Pluralisierung, Tiefenwirkung und Konsolidierung demokratischer Politik eingegangen werden. Der Congress, der Initiator dieses Prozesses wird für lange Zeit dessen stärkster Nutznießer. Die Congress-Organisation gewinnt jetzt neue Kraft aus ihren vernakularisierten regionalen Parteiapparaten. Da es jetzt kulturell, sprachlich möglich und politisch, praktisch notwendig ist, sich in der Provinzpolitik zu engagieren, initiieren die regionalen Congress-Apparate sogenannte „Membership Drives“, die entlang der regionalen Kastenhierarchie immer mehr und

heterogenere Interessengruppen, Kasten-sektionen, Gewerkschaften oder Sozialbewegungen in der regionalen Congress-Maschine inkorporieren. Der

### „Schmelztiegel Congress-Partei“

Congress pluralisiert sich. Er wird zu einem Mikrokosmos der gesellschaftlichen Komplexität Indiens. Im internen Kampf um Einfluß und Patronage beginnen neben sozialem und rituellem Kastenstatus jetzt auch Zahl, Artikulationsfähigkeit und Organisationskraft zu zählen. „The Center cannot hold“: Auf regionaler Ebene verliert der Congress zuerst seine Kohäsionskraft, sein Patronagemonopol und die Konsensfähigkeit, um die zu unterschiedlichen und zu unersättlichen Fraktionen zu integrieren. Abspaltungen konstituieren oder erweitern ein regionales Parteienspektrum. Dies ist ein Parteienpluralismus, denn er wird einerseits polarisiert durch wirtschaftliche oder ideologische Interessengegensätze, er wird andererseits zusammengehalten durch die Notwendigkeit der Einzelparteien zu kooperieren und zu koalieren. Was in den 50er Jahren auf regionaler Ebene beginnt, zeigt sich bald auch auf der gesamtindischen Ebene: 1967 übernehmen regionale Partei-allianzen in mehreren Provinzen die Macht. Zehn Jahre später wird der – durch die zuvorige Verhängung des Ausnahmezustandes diskreditierte – Indira-Congress auf gesamtindischer Ebene von einer Parteienkoalition in der Regierungsmacht abgelöst. Mit dieser Koalition werden bereits zu diesem Zeitpunkt zwei politische Alternativen zur *Congress Raj* indirekt deutlich: Auf der einen Seite komplexe Koalitionen, die weniger auf den alten Linksparteien, als auf de facto Regionalparteien beruhen, auf der anderen Seite die Herrschaft durch eine hindu-nationalistische Partei – abhängig allerdings von kleineren Koalitionspartnern.

Weshalb hat die Föderalisierung des Staates und die Vernakularisierung der (Regional-) Politik einen Parteien- und Interessenpluralismus und nicht die Entstehung religiös fundamentalistischer oder ethnisch-sezessionistischer Parteien gefördert? Ein spezifischer Hindu-Modernismus Nehrus, die Vielgestal-

tigkeit des Hinduismus und das Trauma der indischen Teilung legen der Congress-Führung vor und nach 1947 das Festhalten an einem spezifisch indischen Säkularismus nahe. Die Verbindung dieses Säkularismus mit einem kulturellen Pluralismus, also die Strategie der (staatlichen und säkularen) Einheit in der (regionalen und kulturellen) Vielfalt, verhindert zugleich, daß in den Provinzen fundamentalistische oder sezessionistische religiöse oder ethnische Parteien entstehen.

### Säkularismus:

Der Congress wird 1885 von anglophonen Honoratioren begründet, die aus Selbsteinschätzung oder Kalkül daran festhalten, daß der Hinduismus eine reformbedürftige Religion, vor allem aber eine bewunderungswürdige Zivilisation sei – kompatibel oder seit jeher im Einklang mit den moralischen und politischen Grundlagen der Moderne und des Westens. Gandhi und Nehru, also der Begründer und der Führer eines seit 1920 zur Unabhängigkeitsbewegung transformierten Congress, halten an dem Ideal der einen, der säkularen indischen Nation fest. Sie haben erlebt, wie die Strategie der religiösen Teilung seitens der Kolonialmacht, zunächst religiös getrennte Wählerschaften, schließlich unkontrollierbare kommunalistische Massaker zwischen Hindus und Muslimen und am Ende die Zwei-Nation-Theorie und den Teilungsplan Mohammad Jinnahs hervorgebracht haben. Neben die Überzeugung Nehrus, daß die Hindus als Hindus nicht politisch mobilisiert werden sollen, tritt noch die Erfahrung Nehrus, daß die Hindus in ihrer Gesamtheit nicht als Hindus politisch organisiert werden können: Es fehlt an einer, die Unterschiedlichkeit der Regionen, Kasten und Sekten Indiens überformenden spezifischen Hinduidentität, -dogmatik und -symbolik.

In dem unabhängigen und auf einen Säkularismus verpflichteten Indien gilt es deshalb, Religion, vorrangig den Hinduismus und den Islam, als organisierte Kraft von Politik und Staat fernzuhalten; Religion als Quelle sozialer Rückständigkeit und Diskriminierung zu reformieren; und Religion als Kultur zu instrumentalisieren und zugleich zu folklorisieren.

Von Anfang an steht fest, daß getrennte Wählerschaften für Religionsgruppen, insbesondere für Minderheiten, abgeschafft werden. Der Congress ist auch nicht bereit – unter dem in Indien geltenden Mehrheitswahlrecht – religiösen Minderheiten, bestimmte Wahlkreise, *Reserved Seats*, entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung zuzugestehen. In solchen Wahlkreisen, in denen eine religiös unterschiedliche Wählerschicht lebt, können dann nur Kandidaten einer spezifischen religiösen Minderheit kandidieren. Die in der Indischen Union nach der Teilung Britisch Indiens zurückgebliebenen Muslime, rund 11 Prozent der Bevölkerung, bilden aber in keinem Wahlkreis die Mehrheit. Bei einem Mehrheitswahlrecht und nach dem Entzug dieser Reservierungen bedeutet dies, daß sie, nach dem raschen Kollaps ihrer Partei, der Muslim-Liga, muslimische Kandidaten in die Parlamente nur dann entsenden können, wenn diese vom Congress aufgestellt werden. Für den Congress steht auch fest, daß es für religiöse Gruppen, insbesondere Minderheiten, keine der ehemaligen (Sitz-)Reservierungspolitik entsprechenden Quoten in den Schulen und Universitäten, im Beamtenapparat und in dem bald ausgedehnten staatlichen Wirtschaftssektor geben wird. Der Congress nimmt damit freilich in Kauf, daß die in Bildung, Einkommen und Berufsqualifikation ohnehin rückständige Muslimminderheit – aber auch die Christen – künftig weiterhin benachteiligt bleibt.

Auch im Rechtswesen beharrt der Congress auf der Durchsetzung und Vorrangstellung eines säkularen, vom Ursprung her britischen Recht. Er kommt allerdings dabei den Muslimen mit einer wichtigen Konzession entgegen: Im Bereich des Familien- und Zivilrechts, also bei Fragen der Heirat, Scheidung und Erbschaft, erhalten die Muslime das Recht, zwischen dem

### „Positive Diskriminierung sozial

islamischen Sharia-Recht und dem säkularen Zivilrecht wählen zu dürfen. Der Congress nimmt damit freilich in Kauf, daß eine Mehrheit der Muslime sich in diesen Fragen an Sharia-Richter

wendet und er setzt sich künftig dem hindu-fundamentalistischen Vorwurf aus, er verletze das Ideal des Säku-

### „Föderale Patch- Work-Struktur“

larismus aus wahlpolitischen Gründen zugunsten dieser Minderheit. Auch in anderen politischen Entscheidungssituationen hält der Congress am Säkularismus fest. In zumindest einem Fall droht die *State Reorganisation*, die Bildung neuer, sprachlich homogener Provinzen, eine religiöse Minderheit zu privilegieren. Die im Punjab ansässige religiöse Minderheit der Sikhs hat bei der Teilung mehr als die Hälfte ihres Siedlungslandes und ihrer Wallfahrtszentren verloren. Seitdem und verstärkt seit dem zweiten indo-pakistanischen Krieg 1965, in dem Sikh-Soldaten eine herausragende Rolle gespielt haben, fordert diese Minderheit eine eigene Provinz. Die Sikhs erhalten aber am Ende eine, mit Hilfe fragwürdiger Sprachkriterien bestimmte sprachlich homogene, aber nicht religiös homogene Provinz. In der neuen *Punjabi Subha* sprechen zwar mehr als 80 Prozent vorgeblich Punjabi, aber nur die Hälfte der Bevölkerung sind Sikhs.

Im politische Entscheidungsraum und bei der Rechtsprechung tritt damit der Congress fast durchgängig den Forderungen religiöser Gruppen auf Privilegien, Quoten oder rechtliche Sonderbehandlung entgegen. Während der Congress religiös benachteiligten Gruppen somit eine Politik der positiven Diskriminierung versagt, setzt er im Falle sozial benachteiligter Gruppen eine solche von Anfang an ein. Es handelt sich dabei um die Stammesbevölkerung und die Unberührbaren. Deren soziale Benachteiligung ist aber letztendlich religiös bedingt, sie rührt aus der Sozial- und Kastenordnung des Hinduismus. Sieben Prozent der Bevölkerung zählen zu den außerhalb der Hindugesellschaft stehenden Stammesgesellschaften, 18 Prozent zu den außerhalb der Kastenordnung stehenden Unberührbaren. Die Politik der positiven Diskriminierung soll hier soziale Rückständigkeit explizit überwinden und die dafür verantwortliche Religion, den Hinduismus implizit reformieren. Zugleich wird in Wortwahl und Begründung genau darauf geachtet, daß diese Reformpolitik nicht als Verletzung

des Säkularismus erscheint. Entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung erhalten die Stammesbevölkerungen und die Unberührbaren „reservierte (Parlaments- Sitze“ und entsprechende Quoten im Schulsystem, Beamtenapparat und den staatlichen Industrien. Hinzu treten aber noch zahlreiche Gesetzesinitiativen, die darauf zielen, Unberührbaren den Zugang zu Hindutempeln und Dorfbrunnen, Kreditmöglichkeiten und Dorfkräten, Hospitälern und Wahlkabinen zu sichern. Daß diese Gesetze in vielen Fällen bis heute nicht umgesetzt werden konnten, ist weniger wichtig, als der Tatbestand, daß der Congress unter Verweis auf die religiöse, politische und wirtschaftliche Rechtsgleichheit aller Bürger diese Reformen zumindest versuchte.

Religion und religiöse Gruppen als eine organisierte Kraft sucht der Congress, gestützt auf das Ideal des Säkularismus von dem politischen Entscheidungsprozeß und der Rechtsprechung fernzuhalten. Religion und religiöse Gruppen als Ursache sozialer Diskriminierung sucht er durch eine Politik der positiven Diskriminierung indirekt zu reformieren. Religion und religiöse Gruppen als Träger einer regionalen Tradition, gesamtindischen Geschichte und kulturellen Symbolik sucht der Congress dagegen zu instrumentalisieren, zu folklorisieren und letztendlich zu desakralisieren. Dies zeigt sich von Anfang an und auf gesamtindischer wie regionaler Ebene:

Der neue Staat bedarf einer Symbolik, die an eine große Tradition und Geschichte anknüpft, ohne die religiöse Mehrheit und die Minderheiten zu diskriminieren. Zur Staatshymne wird *Bande Mataram* von Rabindranath Tagore erhoben, eine Beschwörung der Landschaft und der Ströme Indiens. Als Staatswappen und auf den Geldscheinen wird das über 2.000 Jahre alte Löwenkapitell des buddhistischen Kaisers Ashoka verwendet. Die Staatsfahne zeigt auf einem grünen, weißen und orangenen Streifen gleicher Größe zunächst das Spinnrad Gandhis, später, nach der Unabhängigkeit, das Rad der buddhistischen Lehre. Die Farben stehen nicht unmittelbar für den Islam, das Christentum und den Hinduismus, sondern für Erde, Himmel und Erlösung. Die Symbolik ruht damit nicht vorrangig auf einem Synkretismus, sie gibt vielmehr einem Buddhismus den

Vorrang, einer Religion also, die seit mehr als 1.000 Jahren in Indien nicht mehr existiert. Hinzu kommt, daß die Symbolik sich weniger auf den Buddhismus als Erlösungsreligion, denn als Philosophie der Toleranz bezieht. Diese Präsentation wird nur verständlich in Verbindung mit einer Interpretation, die sich die Congress-Führung seit langem zu eigen gemacht hat: Dieser Auffassung zufolge bildet religiöse Toleranz die entscheidende Grundlage des Säkularismus, lange zuvor aber habe die religiöse Toleranz bereits in Indien existiert, sie liege dem Buddhismus zugrunde und sei von ihm dem Hinduismus vermittelt worden.

Auf der Ebene regionaler Politik zeigt sich wiederum ein ganz anderer Umgang mit religiösen Symbolen, Zeremonien und Lebensstilen. Der Hinduismus – ebenso wie der traditionelle Islam – wird sichtbar und wirksam nur in der Form kleiner, also lokaler und regionaler Traditionen. Er lebt und manifestiert sich also in den regionalen Sprachen, Literaturen, Festen und Tempeln. Von Anfang an nutzen die regionalen Congress-Organisationen und die aus und neben ihm entstandenen Regionalparteien diese kleine Tradition des Hinduismus und Islam als eine kulturelle Ressource zur Legitimierung ihrer Ziele, Popularisierung ihrer Kandidaten und Mobilisierung der Wähler. Wahlkampf und Wallfahrt, Jahrmarktfest und politische Massenveranstaltung, Besuch von Wählern und Audienz bei Lokalgöttern beginnen sich wechselseitig zu durchdringen. Erst diese Durchdringung von religiöser Regionalkultur und regionalem Politikstil vollendet die Vernakularisierung der Parteipolitik und bringt die neuen politischen Subkulturen hervor. Was aber zunächst als Politisierung regionaler religiöser Kultur

### **„Indien ist nicht nur demokratischer, sondern auch unkontrollierbarer geworden“**

erscheint, erweist sich rasch als deren Folklorisierung und Desakralisierung.

Wir haben drei Grundsätze, drei aus Überzeugung und klugem Opportunismus gespeiste Grundhaltungen der Congress-Führung betrachtet, die sich, wechselseitig verstärkend, zu Grundlagen

dieser Demokratie gefestigt haben. Wir müssen nach der Betrachtung dieses, aufgrund unvorhersehbarer politischer Entscheidungen und Zwänge entstandenen, also spezifisch indischen Föderalismus, Pluralismus und Säkularismus zwei weitere Grundsätze und Ideale indischer Politik betrachten – Voluntarismus und Universalismus.

#### **Voluntarismus:**

Die traditionelle Hindugesellschaft ist oft aus romantischer und orientalisierender Perspektive als eine Gesellschaft geschildert worden, die auf allen Ebenen bemerkenswerte oder bizarre Persönlichkeiten hervorgebracht habe und die, insbesondere an ihren sozialen, religiösen und geographischen Grenzbereichen, einen schrankenlosen Individualismus geduldet oder möglich gemacht hat. Diese Sicht verliert aber den auf allen Ebenen, Lebensstufen und Berufslagen einwirkenden umfassenden sozialen Determinismus aus den Augen, der von den Kasten-, Heirats-, Berufs- und Ritualvorschriften dieser Gesellschaftsordnung ausgeht. Voluntarismus setzt aber zunächst einen Prozeß der Individualisierung, also unter anderem die Präsenz und Inanspruchnahme individueller Grundrechte und die Schwächung zugeschriebener, kollektiver und die Durchsetzung erworbener, funktionaler Identitätsmuster voraus. Eine, von der gesellschaftlichen Akzeptanz und Praxis individueller Grundrechte gestützte Rechtsstaatlichkeit und zunehmende Modernisierung bringen aber mit einem Individualismus noch keinen Voluntarismus hervor. Ein solcher, auf das demokratische Gemeinwesen ausgerichteter, von ihm vorausgesetzter und gestützter Voluntarismus setzt eine Bürgergesellschaft, eine politische Öffentlichkeit und nicht nur die Rhetorik, sondern die Praxis souveräner individueller Interessensbestimmung, Willensbildung und Entscheidung voraus. Für einen solchen Prozeß der Individualisierung und eine solche Praxis des Voluntarismus fehlten in dieser Bauerngesellschaft die Voraussetzungen.

Wie konnte sich deshalb in Indien ein demokratisches Herrschaftssystem etablieren, von dem wir erwarten, daß es sich auf souveräne Individuen stützt, von dem wir aber wissen, daß es zumindest zu Beginn nur auf Gruppen- und

Kastenkollektiven ruhte, die neben dem Verhalten auch das politische Handeln ihrer Mitglieder determinierten?

Wie bringt der Prozeß dieser Demokratisierung hier als Folgeerscheinung das hervor, was er vernünftigerweise voraussetzt?

Die Erwartungen an den Demokratisierungsprozeß werden noch größer, wenn wir bedenken, daß ein, notwendigerweise auf Individualrechten basierendes, Rechtssystem und soziale und wirtschaftliche Modernisierungsprozesse die 700 Millionen Bauern und 600.000 Dörfer Indiens kaum erreicht haben. Es sind damit der politische Prozeß selbst und keine staatlichen Rechtsinstitutionen oder Modernisierungsprozesse, die einen in den Kastenkollektiven wurzelnden Determinismus des Verhaltens zurückdrängen und einen politischen Voluntarismus fördern müssen. Es ist kaum erstaunlich, daß in dieser traditionsgebundenen Gesellschaft dieser Prozeß zwar weithin sichtbar, vielleicht irreversibel, aber keineswegs umfassend geworden ist: Dennoch, dieser Prozeß sozialer und kultureller Individualisierung und voluntaristischer Politikgestaltung zeigt sich inzwischen – für den fortdauernden Traditionalismus bedrohlich – auf vielerlei Ebenen und in vielen Schichten: in der Ordnung der Kasten, der Berufe und der Geschlechter.

Auf den ersten Blick erscheint der Prozeß verwirrend und bedrohlich: „Eine Million Rebellionen jetzt“ hat deshalb der indo-jamaikanische Essayist Naipaul sein letztes Buch genannt. Bei all diesen so verwirrenden neuen Lokalaufständen, Sozialunruhen, Respektforderungen, Aufstiegsambitionen, Basisorganisationen und Familienkonflikten zeigen sich aber doch hintergründig tiefreichende Entwicklungslinien, von denen ich nur drei nenne, die aber die alte Ordnung insgesamt transformieren und den Stellenwert und Spielraum des Einzelnen erweitern:

1. In immer stärkerem Maße greifen Mitglieder niederer oder mittlerer Kasten auf diese Zugehörigkeit, diese Identität zurück, um die Kaste als „Ersatzgewerkschaft“, „Pressure Group“ und „Vote Bank“ einzusetzen. Dieser Funktionswandel der Kaste wurde lange Zeit als „Modernität der Tradition“ und damit als eine Stärkung des Kastenswesens mißverstanden. Heute erscheint

dies als Fehleinschätzung: Diese Kasten stellen ihre niedere Stellung im Kastensystem und das Prinzip der Hierarchie selbst, also das System in Frage. Sie lehnen ihre von diesem System verursachte Heteronomie und damit die Determination ihrer Lebens- und Berufsschicksale ab. Was scheinbar die niedere Kaste auf Kosten des Systems stärken soll, geht aber zunehmend darüber hinaus und untergräbt die Autorität und Kohäsion der einzelnen Kasten, also der Kastenräte und die Bindungskraft der Kastentradition. Indem einzelne oder viele Mitglieder ihre Kaste als Mobilisierungsinstrument und Interessengruppe einsetzen, beginnen sich Kastenzugehörigkeit und Kastenidentität unmerklich zu verändern. Kastenzugehörigkeit wird zu einer Gelegenheitsvergesellschaftung, Kastenidentität von einem vorrangigen zu einem nachrangigen Identitätsmerkmal und die obligatorischen Kastennormen werden zu unverbindlichen Verhaltensorientierungen.

2. Neben der Instrumentalisierung der Kastenzugehörigkeit stehen aber die neuen sozialen Bewegungen – Frauen-, Umwelt-, Landnahme- und Reformbewegungen: Diese Bewegungen vereinen zunehmend Mitglieder mehrerer und unterschiedlicher Kasten und sie werden zusehends von unten, basisdemokratisch, nicht von oben organisiert. Sie bringen neue Interessen- und Identitätsmerkmale ins Spiel, die gegenüber denjenigen der Kasten, des Kastensystems und der jeweiligen Kastenidentität quer liegen. Instrumentalisierung und langfristige Schwächung der Kastenidentität und -zugehörigkeit, ebenso wie Interessenartikulation und Selbstorganisation neuer, kastenexterner Gruppen erweitern individuelle Spielräume und eröffnen Chancen einer voluntaristischen Politik. Beide Bewegungen sind weniger das Resultat eines *State Building*, also des Ausgreifens staatlicher (Rechts-)Institutionen oder einer massiven Modernisierung, sie werden vielmehr ausgelöst von dem Wunsch einzelner Wähler, ihre Ansprüche und Interessen gegenüber den Parteien und in den Parteien besser durchsetzen zu können.

3. Es ist deshalb der Demokratisierungsprozeß, der für diesen zunehmenden Voluntarismus ausschlaggebend wird. Der Congress mobilisiert und

inkorporiert zunächst Kasten als Interessengruppen; so lange, bis deren traditionelle Führer erkennen, daß sie ihre „Stimmenpakete“ auch anderen Parteien anbieten oder selbst Parteien bilden können. Diese Artikulations- und Organisationsfähigkeit überträgt sich aber inzwischen zunehmend auf eine neue Generation, Elite, schließlich Mehrheit der Kastenmitglieder. Die vormaligen von oben verwalteten und vergebenen Stimmenpakete fragmentieren, schlimmer noch, die ehemaligen politischen Objekte emanzipieren sich. Diese neuen Führer scharen Gleichgesinnte um konkrete Interessen, verwandeln etwa die Kaste in eine „Pressure Group“ oder engagieren sich in neuen sozialen Bewegungen; in jedem Fall stellen diese neuen Kasten oder Bewegungen, jetzt politische Forderungen in eigener Sache.

Damit hat sich über Jahrzehnte der spezifische indische Pluralismus nicht nur vertieft, sondern ein politischer Voluntarismus ist entstanden. Indien ist nicht nur demokratischer, sondern auch unkontrollierbarer geworden; zugleich ist damit die Demokratisierung dank dieses Pluralismus und Voluntarismus irreversibel: denn, was nicht mehr kontrolliert werden kann, kann nicht mehr unterdrückt werden. Hier zeigt sich demnach die Produktivität der „einen Million Rebellionen“ in dieser einen Milliarde Menschen. Wie ein indischer politischer Aktivist einmal sagte: „Our confusion is our happiness“. Die indische Republik, dieses offene und zumindest quantitativ größte demokratische Abenteuer ruht damit auch zunehmend auf einem spezifisch indischen politischen Voluntarismus. Sie stützt sich auf Menschen, die bereits

### **„Indien ist nicht nur demokratischer, sondern auch unkontrollierbarer geworden“**

vieles gemeinsam gemacht haben und vergessen haben und auch in Zukunft durchführen wollen. Wenn diese Demokratie aber auf einem spezifisch indischen Weg ausgeformt und konsolidiert worden ist, wenn sie, wie vielleicht Spötter meinen, mehr indisch als demokratisch ist, wie steht es dann

um ihren Universalismus? Entspricht diese Demokratie universalen moralischen Grundrechtsvorstellungen und demokratischen Prinzipien und, wenn ja, welcher Zusammenhang besteht zwischen der spezifisch indischen Gestalt und den allgemeingültigen und verallgemeinerungsfähigen Grundprinzipien dieser Demokratie?

### **Universalismus:**

Wie bereits erwähnt, kannte die Congress-Führung lediglich das britische System demokratischer parlamentarischer Herrschaft, das demokratische System Frankreichs kannte sie ebenso wenig wie dasjenige der USA. Das Wirtschaftssystem und die Weltmachtstellung der USA betrachtete die Congress-Führung mit Mißtrauen. Die britischen Kolonialbeamten, ebenso wie die Congress-Führung waren sich aber frühzeitig darüber im klaren, daß Indien nicht das so eigenartige und so britische System demokratischer Herrschaft übernehmen konnte. Bei der Verabschiedung der Verfassung, der Grundlegung des Staatsaufbaus und der Ausgestaltung des demokratischen Systems steht die Congress-Führung deshalb unter besonderen, kolonialen Rahmenbedingungen, sie folgt ihrem aufgeklärten Eigeninteresse und beharrt auf eigenen Überzeugungen. Mit jeweils unterschiedlichem Gewicht legen ihr diese Zwänge und Motive einen Föderalismus, Pluralismus und Säkularismus nahe. Ein Voluntarismus entsteht in Konsequenz der Konsolidierung dieser Grundlagen und der erfolgreichen Demokratisierung. Ohne, daß dies jemals beabsichtigt war, entsteht damit ein demokratisches System, das der föderalen Republik der USA, aber nicht dem Präsidentialismus, sehr viel näher steht als dem demokratischen System Großbritanniens, mit Ausnahme von dessen Parlamentarismus. Kein indischer Politiker hielte es aber für sinnvoll, über die Nähe und Ferne zu diesen ohnehin niemals richtungsweisenden Modellen nachzudenken. Die indische Demokratie ist das Werk indischer Staatsmänner, Vollendung indischen Unabhängigkeitskampfes und Reflex indischer Größen und Geschichte. Diese Demokratie ist in den Augen der gleichen Politiker zugleich universalistisch. Sie beruht auf universalen Grundrechten, die in der Verfassung

stehen, und auf den unverzichtbaren und legitimen Prinzipien demokratischer Herrschaft. Das Glück Indiens – so die zweckorientierte Argumentation der Congress-Elite – bestand und besteht darin, daß diese Werte und Prinzipien in der indischen Tradition bereits vorgebildet waren. Selbst auf der Ebene der Werte und Prinzipien ist deshalb diese Demokratie spezifisch indisch und zugleich universal. So hat etwa Nehru versucht, mit Hilfe der sogenannten Pancha Sila-Doktrin die Behauptung zu untermauern, daß das, was Indiens Demokratie zusammenhalte, auf die internationale Politik übertragen werden könne, um die Koexistenz der Staaten und Völker zu sichern.

Die Rede vom Universalismus der Werte und Prinzipien indischer Demokratie geht also in Indien einher mit der notwendigen Anerkennung, dieser Universalismus sei in der indischen Tradition selbst enthalten. Das erleichtert vieles: Der Weg zur demokratische Konsolidierung erscheint nicht mehr als zufällig, sondern als vorherbestimmt und Demokratie, ebenso wie der Congress sind mit der stärksten denkbaren Autorität ausgestattet, mit der Legitimation durch die eigene Tradition. Für den Außenstehenden bleibt aber nach wie vor ein anderer Blickwinkel, eine andere Frage von Interesse: Bilden Universalismus (bei der Bestimmung der demokratischen Prinzipien), Voluntarismus (bei der Bestimmung der politischen Praxis), Säkularismus (bei der Bestimmung des politischen Raumes), Pluralismus (bei der Organisation der Interessengruppen) und Föderalismus (bei der Bestimmung des Staatswesens) sich wechselseitig bedingende, also unverzichtbare Bestandteile für die Errichtung einer Demokratie – zumindest in großen, multi-ethnischen und rückständigen Gesellschaften? Muß, wer unter den charakteristischen Bedingungen der Staaten der Dritten Welt Demokratisierung versucht, auf das Modell einer föderalen Republik zielen?

Betrachtet man die Nachbarstaaten Indiens und deren gescheiterte oder krisenhafte Demokratisierungsprozesse, so möchte man diese Fragen bejahen. Denn diese gescheiterten Experimente sind dadurch charakterisiert, daß sie zumindest auf eine oder mehrere dieser Grundlagen von Anfang an verzichtet haben. Dies legt aber den Schluß nahe, daß für multi-ethnische, multi-religiöse

und rückständige Staaten das Modell der föderalen Republik tatsächlich unverzichtbar ist. Das bedeutet zugleich, daß ein republikanisches Modell, das die Indische Union niemals bewußt antizipierte, aber – aufgrund der ihm inhärenten Eigengesetzlichkeit und der Komplementarität der es konstituierenden Grundsätze – schließlich realisierte, über eine Eigenlogik verfügt, welches dieses Modell als universal und universalisierbar erscheinen läßt.

(Fortsetzung nächste Ausgabe)

*Der Autor ist Professor am Lehrstuhl für Internationale Politik und Entwicklungszusammenarbeit der Universität Rostock*